

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
65. Sitzung

06.09.1989
he-sz

Abg. Wendzinski (SPD) erinnert daran, daß bereits, um den Mittelabfluß zu beschleunigen, die Richtlinien geändert worden seien. Wenn gleichwohl so hohe Ausgabereste blieben, stelle sich doch die Frage, ob nicht Maßnahmen auch im Vorgriff auf künftige Haushaltsjahre bewilligt werden könnten.

(Abg. Hegemann (CDU) übernimmt wieder den Vorsitz.)

Die Idee sei theoretisch faszinierend, gesteht Minister Matthiesen zu, lasse sich aber aus haushaltsrechtlichen Gründen und auch politisch nicht durchführen. Das Wesen einer Abgabe sei ja, daß sie ihren Zweck dann erfüllt haben, wenn ihr Aufkommen gegen null gehe. Daher lasse sich auch ihr Aufkommen für künftige Jahre nicht kalkulieren.

Die vorgetragenen Begründungen hätten ihn noch nicht überzeugt, äußert Abg. Stump (CDU). Ihm erschienen die Ausgabereste gerade bei der Abwasserabgabe unangemessen hoch.

Vielleicht wäre es hilfreich, gibt Abg. Schumacher (Kall) (CDU) zu überlegen, wenn einmal die Maßnahmen aufgelistet würden, die über mehrere Jahre liefen. Dann wäre sehr schnell erkennbar, daß die Beträge de facto keine Reste, sondern praktisch bereits festgelegt und damit nicht mehr disponibel seien.

Genau dieses habe er klarmachen wollen, bestätigt Minister Matthiesen. Er könne nur noch einmal wiederholen, daß das als Ausgaberest ausgewiesene Aufkommen aus der Abwasserabgabe, das ja zweckgebunden sei, voll bewilligt sei.

Was die Kalkulierbarkeit der kommenden Haushaltsjahre anlange, hebt der Minister hervor, der Verursacher zahle die Abwasserabgabe, solange er verschmutzte Abwässer ableite. Je geringer die Verschmutzung werde, um so niedriger werde die Abgabe. Wie zügig aber Industrie und Gewerbe solche Maßnahmen zur Verringerung der Verschmutzung durchführten, liege nicht im Einflußbereich der Landesregierung.

Trotzdem bleibt Abg. Stump (CDU) bei seiner Ansicht, daß es Wege geben müßte, Lösungen zu finden, die einen schnelleren Mittelabfluß bewirkten.

Auch die nochmalige Erläuterung des Systems der Abwasserabgabe (Erhebung und Verwendung) durch Minister Matthiesen vermag den Abgeordneten nicht zu überzeugen.

Der Ausschuß nimmt die Information des Ministers zur Kenntnis.